

Antrag 32/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für starke Mietendenrechte in Berlin: Erste Hilfe statt langer Wege!****Empfehlung der Antragskommission
erledigt durch 35/II/2025 (Konsens)**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass unter Federführung der für Wohnen und Verbraucher*innenschutz zuständigen Senatsverwaltungen ein zentrales Online-Portal geschaffen wird, das:
- 6 • Alle kostenlosen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote in Berlin übersichtlich bündelt, um die Kontaktaufnahme zu erleichtern.
 - 9 • Umfassend und verständlich über die Rechte und Pflichten von Mieter*innen aufklärt.
 - 11 • Hilfestellungen zur selbstständigen (juristischen) Vertretung für Mieter*innen.

13

14

15 Begründung

16 Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt führt zu einem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Mietenden auf der einen und Vermietenden, insbesondere großen 18 Immobilienkonzernen, auf der anderen Seite. Für viele 19 Menschen ist der Zugang zur Rechtsberatung eine finanzielle Hürde. Der Jahresbeitrag für einen Mietendenver- 22 ein oder die Kosten für eine anwaltliche Erstberatung sind 23 Menschen mit geringem Einkommen oft nicht leistbar 24 oder umständlich zugänglich.

25

26 Der Staat hat die Pflicht in grundlegenden Lebensbereichen zu schützen. Eine effektive, niederschwellige und 27 kostenlose Rechtsberatung gehört zweifellos dazu. Sie ist 29 ein zentraler Baustein der sozialen Daseinsvorsorge.

30

31 Gleichzeitig verfügen die etablierten Berliner Mietenden- 32 vereine über eine Jahrzehntelange Expertise und eine un- 33 verzichtbare Infrastruktur. Eine intelligente Verknüpfung 34 der staatlichen Angebote mit diesen zivilgesellschaftli- 35 chen Strukturen und eine verbesserte Übersicht darüber 36 kann den Mietendenschutz in unserer Stadt auf eine neue 37 Stufe heben.

38